

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

25.11.1884 (No. 149)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995725](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995725)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M.
Inseratenpreis für die 4 Spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Redaction: Gaststraße 1.

Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 149.

Dienstag, den 25. November

1884.

Die neue Dampfersubventions-Vorlage.

Der Gesetzentwurf, betreffend Postdampfschiffsverbindungen lautet in der dem Reichstag vorgelegten Fassung folgendermaßen: § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits auf eine Dauer von 15 Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von 5 400 000 M. aus Reichsmitteln zu bewilligen. — § 2. Die in § 1 bezeichneten Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesraths. Die Verträge, sowie die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen sind dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushaltsetats mitzutheilen. — § 3. Die nach § 1 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushalts-Etat einzustellen.

Ueber die zunächst, und zwar vorbehaltlich etwaiger sich als nothwendig erweisenden Aenderungen in Aussicht genommenen Dampferlinien geben die Erläuterungen folgenden Aufschluß:

I. Für den Verkehr mit Ostasien a, eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong über Rotterdam bezw. Antwerpen, Suez, Colombo, Singapur; b, eine entweder von Triest bezw. Venedig, über Brindisi, oder von Genua über Neapel führende Zweiglinie nach Alexandria, welche zugleich als Zugangslinie für die unter Ia erwähnte australische Hauptlinie dienen soll; c, eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bezeichnenden Hafen in Korea.

II. Für den Verkehr mit Australien a, eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sydney über Rotterdam bezw. Antwerpen, Suez, Adelaide und Melbourne; b, eine Zweiglinie von Sydney nach den Tonga- und Samoa-Inseln und zurück nach Sydney.

III. Für den Verkehr mit West- und Ost-Afrika eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Zanzibar über Rotterdam (bezw. Antwerpen) Havre (bezw. Cherbourg), Gorée, Angra Pequena, Capstadt, Natal, Delagoabay und Mozambique.

Im Anschluß an diese letztere Hauptlinie wird eine Umgestaltung der schon jetzt bestehenden deutschen Dampferlinie nach der westafrikanischen Küste beabsichtigt, vermöglicher der Postdienst nach den westafrikanischen Plätzen regelmäßig ausgeführt werden kann. Bei der Einrichtung der Linien wird vor Allem auf Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit des Fahrdienstes Bedacht genommen werden. Unbeschadet der auf die Sicherheit des letzteren zu nehmenden Rücksichten

sollen die einzustellenden Postdampfer — namentlich auf der ostasiatischen und auf der australischen Linie — in Beziehung auf Einrichtung und Fahrgeschwindigkeit den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationalität, insbesondere der englischen und französischen nicht nachstehen.

Die Erwartung, daß die Reichsregierung die Zwischenzeit zwischen der letzten Reichstags-Session und der jetzigen benutzen werde, um die Bedenken, welche gegen den Inhalt und die Begründung der früheren Postdampfer-Vorlage erhoben worden sind, wegzuräumen, ist, wie die dem Reichstag zugegangene Vorlage beweist, völlig getäuscht worden. Der Inhalt der Vorlage hat infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als durch eine Subventionirung der bestehenden Woermann'schen Linie auch eine Postdampferverbindung mit Afrika eingefügt und die jährliche Beihilfe von 4 auf 5,4 Millionen Mark erhöht worden ist. Obgleich es sich um eine Geldebewilligung handelt, ist die Bezeichnung der geforderten Summe im § 1 des Gesetzentwurfs die einzige Zahl, welche sich — abgesehen von den statistischen Nachweisen — in der Vorlage findet. In dem früheren war eine Berechnung aufgestellt, welche die finanzielle Forderung rechtfertigen sollte; davon ist jetzt abgesehen. Gegenüber der früheren Vorlage war verlangt worden, daß die Reichsregierung zunächst mit den Rhedern einen Vertrag wegen Uebernahme der bezüglichen Verpflichtungen abschließen und dem Reichstag zur Genehmigung vorlege. Jetzt wird die Genehmigung des Bundesraths, nicht aber diejenige des Reichstags, vorgeschrieben; und das fällt um so mehr in's Gewicht, als nach den Motiven die Reichsregierung völlig freie Hand hat, mit einem ihr genehmen Rheder Verträge zu schließen, da das Anerbietungsverfahren ausgeschlossen ist. Im Uebrigen ist es zweifellos, daß die technischen Anforderungen an die Dampferlinien erheblich ermäßigt worden sind. Im Eingang der Begründung ist zwar noch von Schnellampferlinien die Rede, und auch in den speciellen Motiven ist aus der früheren Vorlage der Satz wiederholt, daß die deutschen Postdampfer in Beziehung auf Einrichtung und Fahrgeschwindigkeit den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationalität, insbesondere der englischen und französischen, nicht nachstehen sollen; aber in den „Gesichtspunkten“, welche für die Einrichtung der Linien maßgebend sein sollen, ist davon nicht mehr die Rede. Dagegen ist zu Lasten der Unternehmer die neue Bestimmung aufgenommen, daß dieselben verpflichtet werden, auf Erfordern der Reichsverwaltung die Einrichtung von Leuchtfeuern und Landungsvorrichtungen an den Landungsplätzen der afrikanischen Küste auf ihre Kosten herzustellen. Bezüglich der Feststellung der Tarife behält sich die Reichsregierung nicht nur eine Con-

trole derselben, sondern die directe Mitwirkung vor. Das statistische Material, welches der Vorlage beigegeben ist, beschränkt sich auf eine Darstellung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den in Rede stehenden Ländern. Ueber die Vortheile, welche die betheiligten Handelskreise von der Herstellung subventionirter Dampferlinien erwarten, hat die Reichsregierung bestimmte Angaben nicht mitgetheilt, obgleich gerade in dieser Beziehung die Bervollständigung der Motive dringend erwünscht gewesen wäre. Bervollständigt sind die Motive nur in einer einzigen Beziehung; aber merkwürdigerweise nur bezüglich der unseres Wissens von keiner Seite bestrittenen Berechtigung der Staatsgewalt, bei der Herstellung von Dampferlinien ebensowohl mitzuwirken, als bei dem Bau von Eisenbahnen, Canälen, Landstraßen u. s. w. Ebenso neu freilich als discutabel ist der Satz, daß die überseeischen Verbindungen „als Verlängerung der nationalen Verkehrsnetze behufs Ausdehnung des heimischen Verkehrs und des Handels und der Gewinnung neuer Absatzmärkte unentbehrlich seien.“ Im Uebrigen tritt in der neuen Vorlage der Charakter einer Placovollmacht für den Reichskanzler und den Bundesrath noch schärfer hervor als in der früheren.

Politische Uebersicht.

In Bezug auf die Verzinsung der Reichsschuld ist dem Etat eine Denkschrift beigegeben worden, nach welcher die durch die verschiedenen Gesetze seit 14. Juni 1877 zur Beschaffung von zusammen 444 821 549 M. baar Schuldverschreibungen durch Ersparnisse auf 439 756 061 M. 87 S. ermäßigt worden sind. Nach dieser Denkschrift wird das zu verzinsende Schuldcapital voraussichtlich am 1. April 1885 410 000 000 M. und am 1. October 1885 etwa 430 000 000 M. betragen, für welche Summe in den Etat pro 1885/86 ein Zinsbetrag von 16 400 000 M. in Ansatz gebracht ist. Im Jahre 1884/85 waren für denselben Zweck nur 15 300 000 M. ausgeworfen, also 1 100 000 M. weniger. Der Etat enthält dann noch einen Ansatz von 150 000 M. zur Verzinsung der Mittel, welche zur Deckung einmaliger Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen durch Ausgaben von Schatzanweisungen aufgenommen werden. Im vorjährigen Etat belief sich diese Summe nur auf 75 000 M. Endlich sind noch zur Verzinsung der Mittel, welche auf Grund des Etatsgesetzes zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse aufgenommen werden, 500 000 M. angesetzt worden. Ebenjoviel hatte auch der vorjährige Etat zu diesem Zweck aufgewiesen. Insgesamt fordert der Etat pro 1885/86 für die Zwecke der Verzinsung der Reichsschuld 17 050 000 M.

Fenilleton.

Aus einer kleinen Stadt.

Novelle von A. Koller.

[Nachdruck verboten.]

I.

Es war im Jahre 1860, und eine kleine Stadt eines der deutschen Staaten, welche durch die weltbewegenden Ereignisse des Jahres 1866 mit Preußen vereinigt worden, ist der Schauplatz dieser Geschichte. Nur etwas mehr als zwanzig Jahre liegen zwischen damals und heute; zwar ein bedeutender Zeitraum im Leben des einzelnen, aber im Allgemeinen viel zu kurz bemessen, als daß man sagen könnte: Was damals geschah, würde heute, nur zwanzig Jahre später, nicht mehr geschehen können. Und doch wird man mit Rücksicht auf die Geschichte, welche ich erzählen, vielleicht so sagen können; denn gerade über denjenigen Kreis der Gesellschaft, aus welchem der Mann hervorgegangen, der das bewegende Element meiner Geschichte bildet, über diesen Kreis und dessen Stellung zu den anderen Geschäftskreisen hat sich die Hochflut der großen Ereignisse reinigend und läuternd in ganz besonderer Weise ergossen, und deshalb wird kein noch so wohlwollendes Urtheil dem Erzähler dieser Geschichte willkommener sein als das Urtheil: Diese Geschichte könnte heute nicht mehr vorkommen!

Also — es war im Jahre 1860 im Spätherbst; einsam und still lag die aus alten Lindenbäumen gebildete Allee, welche ringförmig einen fast zirkelmäßigen Kreis um die kleine Stadt zieht, und ziemlich still ging es auch unter den sonst so lauten, jungen Husarenoffizieren zu, welche zum nicht geringen Entsetzen der ehrsamten Stadtbürger in einem an der Promenade gelegenen, öffentlichen Garten nach beendetem Diner mit Pistolen nach der Scheibe schossen. Die Schüsse knallten zwar recht laut und vernehmlich; aber fast schien es, als sei den jungen Herren der Unterhaltungstoff ausgegangen, und der jüngste Lieutenant sprach augenscheinlich den Gedanken aus, welcher in diesem Augenblicke die Anwesenden erfüllte, als er sagte:

„Es ist doch ein verdammt langweiliges Leben in dem kleinen Neste.“

Man konnte die Zustimmung zu diesem Wort auf den Gesichtern der Officiere lesen; aber ehe dieselbe den Weg vom Kopf zur Lippe zurückgelegt, entgegnete einer der Anwesenden mit abweisender Handbewegung:

„Das Leben ist an jedem Orte gerade so langweilig und gerade so amüsan, wie der Mensch es sich macht, oder,“ setzte er mit einem etwas geringschätigen Blicke hinzu, „oder zu machen versteht.“

Die Kameraden äußerten ihre Verwunderung, daß gerade der Baron Linsberg als Vertheidiger des kleinstädtischen Treibens aufträte, und wollten schon damit beginnen, alle die schönen Dinge an den Fingern herzuzählen, welche die „Residenz“ vor ihrer Garnison voraus habe. Aber Linsberg ließ sich auf eine platonische Erörterung nicht ein; in scharfem, kurzen Ton rief er:

„Was treibt Ihr da z. B. für eine jämmerliche Schießerei, Herrschaften? Ein, zwei Tage mocht's hingehen, um die Philister zu ärgern und sich darüber zu amüsieren, wenn die Kerle bei jedem Pistolenschuß in Begriff schienen, in Krämpfe zu verfallen. Das Vergnügen ist aber doch wohl nun zur Genüge ausgekostet, umso mehr als es „meiner bekannten Liebeshwürdigkeit“ (er sprach die Worte keineswegs in possenhafstem, vielmehr im Tone einer Art Selbstironie) gelungen ist, durch die Frau Bürgermeisterin den weisen Vater dieser Stadt zur Zurücknahme seiner Beschwerde wider die Anlegung eines Schießstandes in lebensgefährlicher Nähe harmloser Bürger zu bewegen.“

Man beglückwünschte, man neckte Linsberg wegen dieses „Erfolges“; doch er beherrschte bald durch den scharfen Klang seiner Stimme das dumpfe Geräusch, welches jedesmal zu entstehen pflegt, wenn mehrere zu gleicher Zeit sprechen, und sagte:

„Doch nun, Herrschaften, erwarte ich schon mehrere Tage vergebens den Augenblick, an welchem der Sport angeht.“

Er hatte das einfach wie etwas Selbstverständliches gesagt. Die Kameraden sahen erst den Baron, dann einander

mit fragenden Blicken an, bis schließlich der jüngste Lieutenant diesen Blicken Worte lieh, indem er sagte:

„Der Sport? Wie meinen Sie, Herr Kamerad?“

Es lag wieder ein Ton der Ueberlegenheit in seiner Stimme, als Linsberg erwiderte:

„Nun, lieber Kronburg, zunächst meine ich, daß, wenn die Herren Officiere vom Kronprinz-Husaren-Regiment diese Stadt und deren Behörden, das königliche Amt und ein königliches Amtsgericht acht Tage lang im Essen und Trinken, Schlafen und Wachen gestört haben lediglich wegen Anlage eines Schießstandes, hier doch wohl ein bischen mehr geschehen muß, als was die ehrsamten Bürger dieser Stadt, sobald sie im Besitze von einem Paar gezogener Pistolen sind, ebenfalls leisten können, — und dann, Herr Kamerad, Sie beschwerten sich eben über die Langeweile, und ich...“

„Sie, Herr Kamerad,“ unterbrach Herr von Kronburg, „vertheidigten dagegen das kleinstädtische Treiben.“

„Ich, Herr von Kronburg,“ antwortete Linsberg, jedes Wort und jede Silbe scharf accentuierend, „ich erlaube mir zu bemerken, daß an jedem Orte jeder Mensch nach Verdienst sich langweile oder divertierte. Und wissen Sie, mein junger Herr Kamerad, wie das Zauberwort heißt, das jede Langeweile verschucht? Es ist die Leidenschaft, die nur durch das Ungewöhnliche, das schwer Erreichbare, die Gefahr erweckt wird.“

Die dunkeln Augen des Barons leuchteten in eigenenthümlichem Glanze, seine Haltung ward stramm, als er mit raschem Schritt auf einen Tisch zuzuging, einem auf diesem liegenden Spiele Karten ein Coeur-As entnahm und dem Kellner mit dem Befehle übergab, dasselbe gegen die dreißig Schritt entfernte Scheibe zu halten. Der Kellner schien wenig geneigt, den Befehl des Barons auszuführen; ein ihm rasch zugeworfener Doppellouisd'or überwand jedoch die Aengstlichkeit des Burschen; mit straff ausgestrecktem Arm, den Körper so weit wie irgend möglich seitwärts biegend, hielt er das Kartenblatt mit den äußersten Spitzen der Finger gegen die Scheibe. Alles das war so rasch vorgegangen, daß niemand recht verstauben hatte, um was es sich eigentlich handle. Erst als Linsberg rasch eine der auf

Während im Jahre 1874 außer Herrn v. Bennigsen und einigen Parteigenossen die große Mehrzahl der national-liberalen Partei für den Antrag Schulze-Delitzsch wegen Einführung von Diäten für die Mitglieder des Reichstags gestimmt hat, schlugen die Präorgane der Partei jetzt einen Ton an, als ob die Fraction als solche den gleichen Antrag ausfallen müsse. Es wird zwar zugegeben, daß die Verweigerung der Diäten seitens der Reichsregierung die erwarteten Vortheile nicht, wohl aber die befürchteten Nachteile gehabt habe; „aber schwerwiegende Bedenken, so schreibt der „Hannov. Cour.“, müssen sich dagegen erheben, daß gegenwärtig überhaupt dem Wahlrecht mit Aenderungsversuchen gegenüber getreten werde.“ Merkwürdig ist es doch, daß der „Hannov. Courier“ neulich Allen voran war, als es galt, die Stichwahlen und das gleiche Wahlrecht zu befeitigen, während er angeht die Diätenfrage plötzlich von schweren Bedenken besessen wird, überhaupt einer Abänderung des Wahlrechts näher zu treten. Wenn übrigens der „Hannov. Cour.“ den Diätenfonds der früheren Fortschrittspartei für so bedenklich hält, so wäre ja die Einführung von Diäten aus der Reichskasse das beste Mittel, denselben überflüssig zu machen. Das gilt auch von dem Argument der „Hamburger Nachrichten“, daß die Freifahrt-Karten der Abgeordneten verfassungswidrig seien. Diesen Standpunkt nahm im Jahre 1873 der Präsident des Reichskanzleramts Dr. Delbrück ein. Im Jahre 1874, nachdem der Bundesrath die freie Fahrt der Abgeordneten beschlossen hatte, vertraten die National-liberalen im Einverständnis mit der Reichsregierung den entgegengelegten Standpunkt, während die alte Fortschrittspartei bei der früheren Auffassung stehen blieb. Man half sich damit zu sagen, die Abgeordneten erhalten mit den Fahrkarten keine Entschädigung für Reisekosten, weil ihnen solche nicht erwachsen. Anzuerkennen ist, daß auch die „Hamb. Nachr.“ die Ansicht vertreten, der Reichskanzler hätte die einseitige Abänderung der Sache unterlassen und bei der Berathung des Etats des Reichstags für das nächste Finanzjahr mit dem Vorstand des Hauses erwägen sollen, in wie weit Mißbräuche vorhanden sind und wie denselben abzuhelfen ist. Constitutionell ist es zum mindesten nicht, wenn innerhalb des Etatsjahres die Grundlage einer Geldbewilligung, welche auf einer Verständigung zwischen Regierung und Reichstag beruht, einseitig durch die Verwaltung verändert wird. Ganz abgesehen von der neuesten Handhabung der Fahrkarten entspricht dieses Verfahren der Würde des Reichstags nicht. Daß im Jahre 1874 eine Vereinbarung stattgefunden hat, erklärte Präsident Delbrück im Reichstage ausdrücklich. Zweck derselben war, das bis dahin und seit 1870 seitens der Regierungen von Bayern und Württemberg den Mitgliedern des Reichstags aus diesen Staaten gewährte Privilegium der freien Fahrt auf den Landesbahnen auf alle Mitglieder des Reichstags auszudehnen und die bestehende Ungleichheit zu beseitigen. Damit war auch die Beschränkung der freien Fahrt auf bestimmte Reiserouten, wie sie jetzt beliebt worden ist, ausgeschlossen.

In einer Erörterung über die Präsidentenwahl im Reichstage bemerkt die „Nat.-Ztg.“, Herr v. Malzbahn-Gülk sei seitens der Conservativen nicht vorgeschlagen worden, weil er nicht centrumsfreundlich genug sei. „Aus einem ähnlichen Grunde soll in der vorigen Session auf die Wahl des Abg. Hänel zum zweiten Vicepräsidenten verzichtet und ihm der auch jetzt wieder gewählte Abg. Hoffmann substituiert worden sein.“ Die Unterstellung der „Nat.-Ztg.“ ist nicht zutreffend. In der vorigen Session ist Herr Hänel für die zweite Vicepräsidentenstelle des Reichstags nicht präsent

dem Tisch liegenden Pistolen ergriff, schienen einige der älteren Officiere sich einmischen zu wollen; aber schon war es zu spät. Dem Baron hatte die flüchtige Dauer einer Secunde genügt, sein Ziel zu erfassen; der Schuß fiel, und mit lautem Jubel brachte der Kellner das Kartenblatt, aus welchem das Kf herausgeschossen war.

(Fortsetzung folgt.)

Zwei enfants terribles Berlins.

Man schreibt uns aus Berlin:

Man kann mit einem gebildeten Menschen in Berlin nicht lange conversiren, ohne daß sich die Unterhaltung auf die Herren Stöcker und Schwenninger lenkt. Diese beiden Herren, welche das Interesse der Menschen weit über Berlins und Deutschlands Grenzen hinaus erregt haben, sind in der Reichshauptstadt wahre enfants terribles der Unterhaltung. Ohne daß sie es wissen und wollen, belästigen und ärgern sie ihre Mitbürger dadurch, daß man, man mag wollen oder nicht, immer von ihnen reden muß.

Als hätte er gefürchtet, daß nach den Wahlen von ihm weniger die Rede sein könnte, hat Herr Stöcker in der brandenburgischen Synode einen für die protestantische Kirche und für die Religion im Allgemeinen sehr wichtigen Antrag eingebracht. Von diesem Antrag will ich nicht reden. Es betrifft ernste religiöse Fragen, und solche werden am besten in Zeitungen nicht behandelt. Man muß von dem Antrag seiner Wichtigkeit halber Notiz nehmen, die vorgebrachten Gründe pro et contra wiedergeben, aber mit seinen Ansichten darüber hält man natürlich auf einem so heißen Gebiete am besten zurück. Herr Stöcker hat aber, und davon ist eben jetzt in den gebildeteren Kreisen Berlins so viel die Rede, zur Vertheidigung seines Antrags die berühmtesten Professoren der Theologie, einen Dillmann, einen Pleiderer u. A. m. angegriffen. In der Synode gleich konnte ihm entgegen werden, daß er sich mit der Wahrheit in Conflict befindet, daß der Hopsprenger eine Aeußerung Mohammeds einem der berühmtesten protestantischen Professoren — Dillmann — in

worden, weil derselbe trotz allen Zuredens seitens der Fraction darauf bestand, daß ein anderes Mitglied gewählt werde. Herr Hänel erklärte, er könne seiner Amtspflicht wegen nicht die Pflicht übernehmen, dauernd in Berlin anwesend zu sein. Die freisinnige Partei hätte unter allen Umständen gewünscht, an der Tradition der Vicepräsidentenschaft Hänel's festzuhalten, so geeignet auch Herr Hoffmann für diese Function schien. Dafür, daß „Herr Windthorst im Reichstag commandirt,“ kann also wohl die Wahl des Herrn Wedell-Biesdorf zum ersten Präsidenten unter Zustimmung der National-liberalen, aber gegen die Stimmen der Freisinnigen, nicht aber die Wahl des Herrn Hoffmann zum zweiten Vicepräsidenten angeführt werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. November

— Das Präsidium des Reichstags ist heute Nachmittag von dem Kaiser empfangen worden.

— Das Ältestencollegium der hiesigen Kaufmannschaft beabsichtigt, den Mitgliedern der Congo-Conferenz Namens der Kaufmannschaft in den Börsenräumen ein größeres Fest bezw. Essen anzubieten, wozu die Minister, die Bevollmächtigten der fremden Staaten und hervorragende Mitglieder der Kaufmannschaft Einladungen erhalten sollen. — Die Universität Halle ernannte Stanley zum Doctor der Philosophie.

— Herr v. Jordanbeck hat sich bereit erklärt, die Candidatur im Wahlkreise Sagan-Sprottau anzunehmen und zugesagt, in einer Wählerversammlung zu sprechen.

— Herr Dr. Baumbach ist gestern in einer freisinnigen Wählerversammlung in der „Tonhalle“ einstimmig nach einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache als Candidat für den V. Berliner Reichstagswahlkreis proclamirt worden. Herr C. Richter, der das Mandat abgelehnt, stellte Herrn Baumbach vor und empfahl die Wahl des 20. Landraths in den Reichstag, zum Beweise dafür, daß es auch noch selbstständige Verwaltungsbeamte gebe. Sämmtliche Abgeordnete der freisinnigen Partei haben sich bereit erklärt, die Wahl des Herrn Baumbach zu befürworten.

— Die Abgg. v. Jazdzewski und Gen. haben den Antrag auf Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen im Gerichtsverfahren, welcher in der letzten Session in einer Commission berathen, aber abgelehnt worden war, wieder eingebracht.

— Graf Arnim-Schlagenthin, von dessen Theilnahmlosigkeit gegenüber dem diesjährigen Wahlkampfe jüngst in der Presse die Rede war, hat an die „Diffee-Ztg.“ ein berichtendes Schreiben gerichtet, dem wir Folgendes entnehmen:

„Unter Anderem soll in dem Artikel, der mir im Auszuge von befreundeter Hand mitgetheilt wird, gesagt sein, der Umstand, daß ich dieses Mal eine Candidatur zum Reichstage nicht angenommen habe, beweise, daß ich mit dem Fürsten Bismarck Frieden zu schließen wünsche und den Zeitpunkt für geeignet halte, eine allmähliche Annäherung an ihn zu versuchen. Ich erlaube mir demgegenüber einige berichtigende Bemerkungen zu machen. Weber mein selbiger Vater noch ich selbst haben niemals die persönliche Gegnerlichkeit des Fürsten Bismarck provocirt. Dieselbe ist vielmehr nach jahrelangen freundschaftlichen und intimen Beziehungen plötzlich und für uns völlig überraschend zum Vorschein gekommen. Weber mein selbiger Vater noch andere mit den Verhältnissen genau bekante Personen haben niemals mit Sicherheit feststellen können, was eigentlich die wahre Veranlassung dazu gewesen ist. Bis zum heutigen Tage bin ich nicht in der Lage, einen einigermaßen plausiblen Grund dafür anzugeben. Alle Erklärungen, welche das über die Vorgeschichte des gegen meinen selbigen Vater geführten Processes nicht genau unterrichtete Publikum sich selbst zurecht gelegt hat oder demselben von verschiedenen Seiten gegeben worden sind, sind eigentlich nur Worthülsen, die den Kern der Frage nicht treffen. Aus dieser Sachlage ergibt sich

den Mund lege. Prof. Dillmann ist in einem Tage darauf gehaltenen Colleg auf diese Beschuldigung mit folgenden Worten zurückgekommen: „Der Herr Hopsprenger Stöcker hat gestern auf der Provinzialsynode behauptet, ich habe gesagt, die Majestät Gottes werde durch die göttliche Verehrung Christi verletzt. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe in einer Rede, die ich im Jahre 1876 als Rector hielt, über den Verfall des Islam gesprochen und dabei gesagt, Mohammeds Absicht war es, die durch die Gottesverehrung Christi und die Heiligengerehrung gestörte Einheit Gottes wieder herzustellen. Ich habe damit nicht meine, sondern Mohammeds Ansicht ausgedrückt. Das müßte Jeder, der die Rede liest, herausfinden, sofern er überhaupt reif ist, etwas richtig auszuliegen. Ich habe deshalb an Herrn Stöcker geschrieben und ihn aufgefordert, daß er seinen Irrthum von derselben Stelle aus widerrief, von wo aus er seine Anschuldigung gegen mich erhoben hat; denn es ist nicht wahr, was er über mich gesagt hat. Ich werde sehen, was Herr Stöcker darauf thut.“ Herr Stöcker hat nun selbstverständlich in der Synode widerrufen. Damit wäre zwar diese Sache erledigt, aber es ist mit Recht die Frage aufgeworfen worden: Wenn der Hopsprenger Stöcker auf seinem allereigensten Gebiete, dem theologischen, eine so weitgehende Beschuldigung, daß ein christlicher Theologe die Christusvergötterung als eine Verletzung der Majestät Gottes bezeichnet habe, so leicht hin erheben könne, wie stehe es dann mit den anderen Beschuldigungen, die er gegen minder bekannte Persönlichkeiten und auf Gebieten, die ihm naturgemäß fremder sind, vorbringe. Ich bin der Letzte, der da glaubt, der Hopsprenger des deutschen Kaisers Lüge und verleumde absichtlich, obschon dies von verschiedenen Seiten bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt worden ist. Aber von einer unbegreiflichen „Leichtigkeit“ oder Geringeith, das zu glauben, was ihm gerade in seinen politischen, antisemitischen und theologischen Kram paßt, zeugt sein ganzes Thun und Treiben. Bekannt ist ja auch der Streit Stöckers mit einem Hallenser Professor. Eben heute droht Dr. Schwalb, Prediger an der St. Martini-Kirche zu Bremen, den Hopsprenger Stöcker als einen Verleumder anzusehen, wenn er nicht eine gewisse gegen ihn (Dr. Schwalb)

dem auch, weshalb eine Verständigung, eine Befestigung der Gegenseitigkeit von vornherein ungemein schwierig oder unmöglich war. Zur Ausgleichung persönlicher Gegnerschaften giebt es unter gewöhnlichen Umständen nur zwei Mittel. Entweder Derjenige, der im Unrecht ist, erkennt dies an und bittet den Andern um Verzeihung, oder Derjenige, dem Unrecht gechehen ist, macht gute Miene zum bösen Spiel. Sie werden demnach sich selbst sagen können, wie in dieser Beziehung auch heute noch die Dinge liegen. Meine politische Opposition gegen das politische System Bismarck's wird durch persönliche Gefühle nicht bedingt und bestimmt. Aber die trüben Erfahrungen, die ich gemacht habe, bewahren mich vor Illusionen, denen Andere sich arglos hingeben. Ich kann unmöglich durch den Umstand, daß ich ein persönlicher Gegner des Fürsten bin, mich in die ganz unhaltbare und thörichte Situation drängen lassen, stets anderer Ansicht sein zu müssen als er, gerade wie ich, wenn ich ihm befreundet wäre, nicht im Geringsten mich für verpflichtet halten würde, stets seiner Meinung zu sein. Es ist zu bedauern, daß man sich daran gewöhnt hat — Ihr in Rede stehender Artikel ist dafür ein neuer Beweis — persönliche und sachliche Gegnerschaft, sowie persönliche und sachliche Uebereinstimmung als untrennbar zusammengehörige Begriffe anzusehen. Daß Jemand seine politische Stellung nicht durch persönliche Interessen oder gesellschaftliche Beziehungen bestimmen läßt, sondern darauf besteht, seine volle Unabhängigkeit zu bewahren, scheint nachgerade ein für Viele unfassbarer Gedanke geworden zu sein.“

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu:

„Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß von einer Aenderung der politischen Stellung des Grafen Arnim (er candidirte für die Seceffionisten 1881 zum Reichs- und 1882 zum Landtag) nicht die Rede ist.“

— Seinem Fachgenossen in der Wissenschaft und als Leiter zoologischer Gärten, dem Dr. Brehm, ist rasch der jetzige Leiter des Berliner zoolog. Gartens, Dr. Bodinus, gefolgt. Er starb plötzlich am Herzschlage gestern Morgen, nachdem er noch am Sonnabend Abend einem ihm zu Ehren gegebenen Festmahl (Nachfeier zu seinem 70. Geburtstag) beigewohnt hatte. Der Verstorbene war eine in Berlin ungemein populäre Persönlichkeit. In weiteren Kreisen hat er durch seine Thätigkeit sich einen ehrenvollen Namen gesichert. Bodinus war früher auch Director des Kölner zoologischen Gartens, den er ebenfalls zu großer Blüthe brachte.

— Das westafrikanische Geschwader, Geschwaderchef Contreadmiral Knorr, ist am 23. November c. in St. Vincent (Cap verdische Inseln) eingetroffen und beabsichtigt am 27. Novbr. c. die Reise fortzusetzen.

— Das Project des Nord-Ostsee-Canals, wie es nach Dahlström's Vorarbeiten und Entwürfen von dem Regierungsbaumeister Boden bearbeitet worden, hat einer weiteren Prüfung durch zwei sachverständige Brüder unterlegen, den Oberbaudirector Franzius zu Bremen (früher im preussischen Handelsministerium) und den Hafenbaudirector Franzius von der Kriegsmarine zu Kiel. Sie erhöhen den Kostenanschlag von 107 400 000 M. auf 121 1/2 Millionen bei fünfjähriger Bauzeit; die Kosten eines bloßen Handelskanals von Brunsbüttel a. d. E. nach Eckernförde berechnen sie auf 91 1/2 Millionen, während Boden 89 Millionen M. dafür anschlug. Der auch für die Kriegsmarine brauchbare Canal, wie er jetzt ins Auge gefaßt ist, mündet auf der Ostsee, jedoch bei Holtzenau im Kieler Meerbusen. Der Canal soll Nachtis erleuchtet sein und in zwölf Stunden passirt werden, wobei zehn Dampfer das Schleppgeschäft übernehmen.

— In Serbien war das deutsche Reich bisher durch einen Ministerresidenten vertreten. Nachdem jenes Land von den Mächten im Jahre 1882 als Königreich anerkannt worden und durch den Abschluß eines Handels- und eines Consularvertrages zu Deutschland in engere Beziehung getreten ist, ist es als angemessen erschienen, die Mission in Belgrad zum Range einer Gesandtschaft zu erheben und dieselbe dadurch den bei allen übrigen königlichen Höfen bestehenden deutschen Missionen formell gleichzustellen. Auch Rücksichten der Reciprocität lassen dies angezeigt erscheinen, da das Königreich Serbien am hiesigen Hofe seit einer Reihe von Jahren durch einen Gesandten vertreten ist. Die durch

erhobene schwere Anklage beweisen könne u. s. w. Demnach findet hier eine Gerichtsverhandlung statt, in welcher ein Nebacteur den Wahrheitsbeweis antreten will, daß Herr Hopsprenger Stöcker, der ihn wegen eines Leitartikels unter der Spitzmarke „Hopsprenger-Reichstagscandidat-Lügner“ verklagt hat, wirklich gelogen habe.

Was nun Herrn Dr. Schwenninger betrifft, so wird er vermuthlich schon oft genug den Tag verwünscht haben, an dem der Gedanke entstanden ist, ihn zum Professor zu machen. Er hätte Alles so schön haben können, und verbittert sich durch einen falschen Ehrgeiz das ganze Leben. Denn ein angenehmes Leben ist es wahrhaftig nicht, das Herr Dr. Schwenninger führt. Es war eine unbegreifliche Verblendung nach dem Widerstande der Facultät, nach den Einwendungen des gewiß dem Reichskanzler nicht feindlich gefinnenen preussischen Kultusministers eine Professur gewissermaßen zu ertrogen. Fünf ganze Studenten hören ihn jetzt, nachdem die erste Neugier vorüber. Seiner Aufforderung an die in höheren Semestern stehenden Mediciner, sich unter seiner speciellen Anleitung dem Studium der Hautkrankheiten in der Poliklinik practisch zu widmen, hat nicht ein einziger Student Folge gegeben. Es muß ein furchtbarer Augenblick für den Mann gewesen sein, als ihm der Bogen, den er zum Unterzeichnen herumgereicht hatte und der durch Hunderte von Händen gegangen war — damals war man noch neugierig, denn es war dies in der ersten oder zweiten Vorlesung — ganz unterseht wiedergegeben wurde. Zu diesen bitteren Kränkungen kommt nun auch hinzu, daß die gesammte medicinische Facultät der hiesigen Universität, wie die „Voss. Ztg.“ aus guter Quelle erfährt, in einem Schreiben an den Professor Schwenninger auf Grund seiner ihr altmännig bekannten Münchener Vergangenheit sich dessen gesellschaftlichen Umgang verboten hat. — Der Mann könnte Einem leid thun, wenn man nicht wüßte, daß er sich alle diese Demüthigungen selbst zugezogen hat. Er hatte es ja G. f. D. nicht nöthig, gerade Professor zu werden. Dem Manne war ohnehin geholfen. Weniger Ehren wären mehr gewesen.

die Errichtung der Gesandtschaft bedingten Mehrkosten betragen nur 6000 Mk. und die Ausgaben für die Gesandtschaft an Gehältern belaufen sich auf 43 200 Mk.

Leipzig, 24. November. Die Hauptverhandlung des Hochverratsprocesses gegen die Anarchisten Reinsdorf und Genossen vor dem vereinigten zweiten und dritten Straßengericht des Reichsgerichts hier selbst wird am 15. Decbr. beginnen; sie dürfte voraussichtlich eine Woche dauern.

Strasburg, 24. Nov. Der Statthalter hat heute unter Anwendung des Dictaturparagraphen drei Blätter unterdrückt: die täglich erscheinende ultramontane zweisprachige Zeitung „Union“, das ultramontane deutsch geschriebene Wochenblatt „St. Odilienblatt“ und das zweisprachige Scherzwochenblatt „Echo“, das Organ des Reichstagsabgeordneten Mühlstein. Der Erlaß motiviert dies Verbot mit dem Zunehmen des Treibens chavvinistischer Vereinigungen jenseits der Vogesen, welches der deutschen Entwicklung des Landes gefährlich werde. Die in den genannten Blättern enthaltenen Angriffe und Insinuationen dienten dazu, die Bevölkerung gegen das Deutschthum aufzureizen und den konfessionellen und bürgerlichen Frieden zu untergraben.

Ausland.

Paris, 23. Nov. Das Protokoll der Tonkinnmission wurde heute in der Kammer vertheilt; danach erklärte Ferry, in der Kommission vom 6. November betreffs Tonkinn sei mit den Mächten kein Schriftstück gewechselt. Es hätten nur freundschaftliche, vertrauliche und mündliche Aeußerungen stattgefunden, eine Mediation Deutschlands wurde weder erbeten, noch angeboten. Von England habe Frankreich auch nichts verlangt, mehr könne er nicht sagen. Bezüglich der Blockade Formosas erklärte Ferry, im Einklang mit England sei die Blockade eine friedliche, wie die im Jahre 1882 an den Küsten Griechenlands ausgeübt. Frankreich würde nicht die Rechte gebrauchen, Schiffe auf hoher See durchsuchen und wegnehmen zu lassen, habe aber das Recht, die Zugänge der blockirten Häfen hermetisch zu verschließen, und jedes Schiff in Grund zu bohren, welches verbotswidrig zu passiren versuchte. Auch auf Maza's Frage, wie die Regierung Chinas Nachgiebigkeit zu erzwingen gedenke, antwortete Ferry, dadurch, daß die Franzosen in Formosa bleiben und sich dort befestigen würden. China dulde die Japanesen nicht auf Formosa und werde Franzosen da ebensowenig dulden. Was die Kriegsschädigung angehe, so gebe es dafür ein Aequivalent. So könnten beispielsweise die Bergwerke Kelungs und die Zölle Tamsuis auf 15 oder 20 Jahre an Frankreich abgetreten werden, ohne daß die Franzosen Tonkin und Formosa zu räumen brauchten. Die Stärkung und Befestigung der Garnisonen halte die Regierung vom militärischen, wie vom politischen Standpunkte aus für vorthheilhafter.

— 24. Novbr. Der „Agence Havas“ wird aus Hanoi gemeldet, daß ein französisches Kanonenboot im weißen Fluße angegriffen worden sei und die französischen Truppen unter dem Oberst Duchesne die Angreifer vollständig zurückgeschlagen hätten. Die Franzosen hätten 8 Tode, darunter 1 Lieutenant, und 25 Verwundete verloren. Ein Telegramm des Generals Briere vom 23. d. bestätigt, daß am 19. d. bei Duoc ein Gefecht stattgefunden habe. Die schwarzen Flaggen, verstärkt durch reguläre chinesische Truppen, welche sich in den besetzten Werken festgesetzt hatten, wurden aus denselben vertrieben und slohen in der Richtung nach Norden und nach Westen. Das Kanonenboot „Revoluer“ wurde am 16. d. von den Chinesen angegriffen und verlor hierbei 2 Tode und 3 Verwundete. Das Gefecht endete mit der Niederlage der Chinesen. General Briere meldet ferner, daß das Songtau-Thal vom Feinde geräumt sei. Von andern Punkten der Grenze lagen keine Nachrichten vor.

— Eine Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter vereinigte gestern Nachmittag 4000 Unzufriedene im Saale Levis. Die heftigsten Reden wurden gehalten. Ein Redner schlug vor, die Gefängnisse zu erstürmen, ein anderer, die Bäckereien zu plündern. Der Redner war immer: „Greifen wir zum Gewehr! Hängen wir die Bourgeois auf! Nieder mit der Regierung und dem Parlamentarismus!“ Man verlas Zustimmungsadressen auswärtiger Anarchisten und Briefe von Soldaten, welche sich bereit erklärten, ihre Offiziere rücklings niederzuschießen. Ein Redner, der vor Gewaltthaten warnte, wurde mit Faustschlägen mißhandelt, ein Zeitungsreporter, den man schreiben sah, als Polizeispion mit dem Tode bedroht. Dieser Hezenjabbath dauerte drei Stunden; dann wurde einstimmig beschlossen, demnächst ein Straßenmeeting abzuhalten und die Läden zu plündern. Unter dem Rufen: „Brennen wir Alles nieder! Ferry an den Galgen!“ und unter Absingung der Marseillaise und Carmagnole verließ man das Lokal. Draußen waren mehrere Hundert Polizisten aufgestellt, welche keine Gruppenbildung gestatteten. Einige Anarchisten erkannten plötzlich einen Geheimpolizisten in Civil und drangen mit Todtschlägern auf ihn ein. Der Unglückliche rannte für sein Leben, verfolgt von einer blutleczenden Meute, die ihn zerrissen hätte, wenn nicht rechtzeitig zwei Polizeicommissare mit angeschlagenem Revolver im Beispringen wären. Er liegt mit zerschmetterter Kinnde und einer Wunde im Nacken schwer darnieder. Die Angriffe auf die Polizei wurden nun allgemein. Letztere mußte vorgehen und nahm, unterstützt von berittenen Municipalgarden, zahlreiche Verhaftungen vor. Nach einstündigem Tumult war die Ruhe wieder hergestellt.

— Angesichts der bedeutenden Abnahme der Cholera beschloß die Verwaltung der öffentlichen Hilfeleistung, die Veröffentlichung der Tagesberichte einzustellen. Officiell gestern 19 Choleraopfer, heute 3. — Admiral Fourichon, früherer Minister, ist heute gestorben.

Madrid, 24. Nov. In Toledo sind weitere Cholerafälle vorgekommen; seitens der Behörden sind die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Kairo, 24. Nov. Wie die „Ag. Reuters“ meldet, beantragten Rußland und Deutschland beim Khedive die Ernennung eines russischen und deutschen Mitgliedes zur internationalen Schuldencommission.

Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 25. November.

— Die „W. Z.“ schreibt: Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß bei der nunmehr entschiedenen Vorconcurrentz zum Bau einer neuen Börse in Amsterdam die Architekten Ludw. Klingenberg in Oldenburg und F. W. Rauschenberg in Bremen unter 198 Concurrenten zu den fünf zur engeren Concurrentz berufenen Architekten sich befinden. Daß diese Aufgabe die ganze technische Welt Europas aufs höchste beschäftigt hat, beweist schon die ungeheure Anzahl der eingelaufenen Entwürfe. Es soll sich hierbei übrigens speciell um einen Wettstreit zwischen den Architekten Frankreichs und Deutschlands handeln. Die Jury war aus den renomirtesten Architekten Englands, Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Hollands zusammengesetzt.

— In Hamburg wurde bekanntlich jüngst unter Zustimmung des Deutschen Reichs ein „Syndicat für Westafrika“ errichtet, das soeben ein interessantes Lebenszeichen von sich gegeben hat. Ein auswanderungslustiger Einwohner von Weuthen in Oberschlesien fühlte sich nach einer der deutschen Colonien in Westafrika hingezogen. Er wandte sich, um sich darüber zu orientiren, was ihm im schwarzen Erdtheil bevorstehen würde, mit einer Anfrage an das Reichskanzleramt. Nach einiger Zeit erhielt der Auswanderungslustige von Berlin die Weisung, sich an das Syndicat für Westafrika in Hamburg zu wenden. Von hier aus wurde ihm unter dem 19. d. M. folgende Antwort zu Theil:

P. P. Hamburg, 1884. In Erwiderung auf Ihr Schreiben theile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen entschieden abrathen muß nach Kamerun auszuwandern, da sich das Klima daselbst für Auswanderer nicht eignet. Ergebenst C. Woermann.

Der Umstand, daß dieses Schreiben autographirt war, bürgt dafür, daß es auf ähnliche Anfragen aus den Kreisen des europaischen Publikums bereits mehrfach verschickt worden ist und wohl noch verschickt werden wird. Im öffentlichen Interesse liegt es, daß der Antwort des Syndicats für Westafrika durch die Presse die möglichst weite Verbreitung zu Theil werde.

— Noch ehe der hiesige zoologische Garten das Licht der Welt vollständig erblickt hat, hat derselbe sein Dasein bereits beendet. An eine anderweitige Ausführung des Projectes dürfte wohl schwerlich zu denken sein.

— Bekanntlich befindet sich in der Stadt Oldenburg ein Zweigverein des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter. Dieser Gewerkeverein zählt zu den eingeschriebenen Hülfskassen und ist jetzt auch als den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 entsprechend anerkannt worden. Seine Mitglieder sind also gegen den Beitritt zur Zwangskasse geschützt und ebenso können Arbeiter durch den Beitritt zu dieser Kasse den sonst notwendigen zur allgemeinen Ortskrankenkasse vermeiden. Da die Frist hierzu mit dem 1. Dec. d. J. abläuft und wohl kaum Aussicht vorhanden ist, daß der Reichstag den socialdemokratischen Antrag auf Hinausschiebung dieses Termins bis zum 1. April u. J. annehmen wird, so liegt es im Interesse der betheiligten Arbeiter, die der Zwangskasse nicht beitreten wollen, ihre Anmeldungen zu der freien Hülfskasse schleunigst zu machen.

— Nachdem der Winter auch bei uns seit mehreren Tagen schon seinen Einzug mit Schnee und Eis gehalten, hat sich in vergangener Nacht eine verhältnismäßig empfindliche Kälte eingestellt; selbst an sehr geschützten Stellen war das Thermometer bis auf 7 Grad unter Null gefallen. Im Uebrigen ist das Wetter prächtig.

Die Collision der „Sophie“ mit dem „Hohenstaufen“ vor dem Seeamt.

Bremerhaven, 24. Novbr.

Vorsitzer: Richter Junke. Beisitzer: Capt. z. S. Hausner, Schiffsaumeister Clausen, Rapt. Keynaber, Rapt. Tell, Hafenmeister v. Bilow. Reichscommissar: Navigationslehrer Dr. Romberg.

Als erster Zeuge erscheint Rapt. Joh. Christ. Winter, 43 Jahre alt, in Bremerhaven wohnhaft, im Besitze des Schiffspatents seit 1865, fährt seit 1872 auf Lloydsschiffen und vom Februar d. J. als Kapitän der „Hohenstaufen“; er hat vor der Collision bereits vier Reisen als Kapitän der „Hohenstaufen“ gemacht. Der Dampfer verließ nach seiner Aussage am 3. Septbr. 11 Uhr Vormittags Bremerhaven. „Es war schönes, fast windstilles Wetter“, sagt der Zeuge. „Das Schiff hatte vorn 19 Fuß 3 Zoll, hinten 20 Fuß 1 Zoll Tiefgang. Um 1 Uhr 25 Min. Mittags stoppten wir und setzten den hannoverschen Bootsen ab. Alle Officiere waren an Deck, sämtliche Maschinisten befanden sich unten bei den Maschinen. Am Ruder standen vier Mann. Wir fuhren, nachdem der Lootse abgesetzt worden, mit voller Kraft und mochten, da die schnellste Geschwindigkeit des Schiffes 12 Meilen pro Stunde beträgt, etwa 10—11 Meilen Fahrt haben. Wir feuerten W.W.¹/₂ B. und sahen an Steuerbordseite von uns vier Kriegsschiffe, die nach meiner Schätzung wohl 1—1¹/₂ Meile entfernt sein konnten. Ich ließ darauf das Ruder backbord legen. Dieser Kurs ist nur ganz kurze Zeit eingehalten worden, denn als der Quartiermeister, der die Befehle überbracht hatte, zurück kam, gab ich das Commando „Hart backbord“. Das erste Schiff war

etwa 3 Strich an Steuerbord. Der Befehl „Backbord Ruder“ wurde sofort ausgeführt und das Rad sehr schnell herumgedreht. Ich sah, daß ich vor den beiden ersten Schiffen nicht vorüber kommen konnte, hatte aber (auf Frage des Richters) noch keinen Entschluß gefaßt, was zu thun sei. Das Schiff fiel in ganz kurzer Zeit nach Steuerbord ab. Wir fuhren so lange mit Backbord Ruder, bis wir die Panzerschiffe recht vorausfuhren, es kam ein paar Minuten gedauert haben. Welche Distanz in dieser Zeit zurückgelegt wurde, vermag ich nicht anzugeben. Wir hatten inzwischen das mittelste Kriegsschiff, die „Württemberg“, grade voraus, vielleicht eine Kleinigkeit an Backbord bekommen; die „Sophie“ war 3 bis 4 Strich an Steuerbord; sie war damals mindestens eine halbe Meile, etwa 900 m, entfernt. Ich gab nun das Commando „Stützen“, dies ist aber nicht ganz zur Ausführung gekommen, unmittelbar darauf gab ich den Befehl „Hart Backbord“. Auf die Frage des Vorsitzers, welchen Zweck er mit dem Commando „Stützen“ verfolgt habe, sagt Zeuge: „Ich hatte mir das noch nicht überlegt, vielleicht habe ich gemeint, daß die Schiffe weiter auseinander seien; ich hatte da nicht mehr die Absicht, zwischen den Kriegsschiffen durchzugehen. Ich glaube nicht, daß wir zu der Zeit mehr als 10—11 Meilen gelaufen haben und die Geschwindigkeit der „Sophie“ habe ich in dem Augenblick wohl für ebenso groß gehalten. Der Befehl „hart Backbord“ ist sofort ausgeführt worden. Die „Hohenstaufen“ war während der ganzen Zeit im Abfallen geblieben, als ich hart Backbord commandirte, fiel sie stärker ab. Gleich darauf gab ich den Befehl „hart Steuerbord“, als ich bemerkte, daß die „Sophie“ hart nach Backbord abfiel. Auch dieses Commando wurde sofort ausgeführt und unser Schiff stützte. Zeigten dem Kriegsschiffe unsere Kursveränderung durch das vorgeschriebene Signal mit der Dampfpeife an, als ich aber bemerkte, daß die „Sophie“ auf ihrem Kurse beharrte, habe ich mit voller Kraft rückwärts gehen lassen. Die derzeitige Entfernung zwischen den Schiffen schätze ich auf eine viertel bis eine halbe Meile. Ich bemerkte nicht, daß die „Sophie“ auch rückwärts arbeitete, als ich das Commando „volle Kraft rückwärts“ gab. Als ich „rückwärts“ commandirte, that ich es, um die „Sophie“ vorüberzulassen, denn ich nahm an, daß sie nichts thun würde, wozu sie nicht berechtigt war. Nachdem ich gestoppt hatte, bemerkte ich bald darauf, daß auch die „Sophie“ langsam fuhr und anscheinend rückwärts arbeitete. Wir waren uns damals auf ungefähr drei Schiffslängen nahe gekommen. Die „Sophie“ war inzwischen wieder auf ihren alten Kurs zurückgekommen. Ich kann mit Sicherheit angeben, daß die „Sophie“ vorher etwa drei Strich nach Backbord abgefallen war. Ich glaubte immer, die „Sophie“ würde vorüberkommen und habe meinerseits Alles gethan, um die Collision zu vermeiden. Die Schiffe trafen sich ungefähr rechtwinklig und zwar rannte der „Hohenstaufen“ die „Sophie“ an Backbord in der Gegend des Fockwants an, kam aber in Folge des Rückwärtsarbeitens bald wieder frei. Ich ließ sofort die Böte klar machen und zwei derselben aussetzen. Eins fuhr nach der „Sophie“, um etwaige Hülfe zu leisten. Die Hülfe wurde aber abgelehnt. Auf dem „Hohenstaufen“ herrschte nach der Collision die größte Ordnung, alle Befehle wurden prompt ausgeführt.“ So weit die Aussage des Kapitäns.

(Fortsetzung folgt.)

Schiffsnachrichten.

Oldenburg, 24. Nov. Der Dampfer „Portugal“, Rapt. v. Reeken, ist gestern wohlbehalten in Oporto angekommen.

— 22. Nov. Abg. nach Lemwerder: D. Hage. Nach Bremerhaven: F. Seggermann und J. Willers. — Ang. von Nordenhamm: C. Schmidt und G. Bahlmann (24.)

— 25. Nov. Ang. von Fedderwarderfiel: F. Wasserkampf und G. Ahlers. Von Brake: S. Baat.

Bremen, 24. Nov. (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Sachsenburg“, Rapt. Fr. Pfeiffer, hat gestern die vierte diesjährige Reise via Southampton nach Newyork angetreten.

Viehhandel.

Neuß, 24. November. Am heutigen Viehdiehmart waren aufgetrieben 103 Ochsen und 391 Kühe; zusammen 498 Stück. Preis per 50 kg Schlachtgewicht für Ochsen erste Qualität 00, zweite Qualität 66, dritte Qualität 60 Mk., für Kühe erste Qualität 66, zweite Qualität 60, dritte Qualität 54 Mk.

Waaren-Berichte.

Bremen, 24. Novbr. Tabak. Umsatz 145 Faß Virginia, 173 Seronen Havana. — Baumwolle schwach. Decbr. 55 S., Jan. 55¹/₂ S., Febr. 56 S., März 56¹/₂ S., April 57 S., Mai 57¹/₂ S. — Schmalz, Wilcox. Loco 41¹/₂ S., Nov.-Decbr. 39¹/₂ S., Clifton loco 40 S. — Meis still. — Wolle. Umsatz 30 Ballen Cap, 25 Ballen Djerse. — Petroleum, raff. Standard white. (Officielle Matter-Preisnotirungen der Bremer Petroleum-Börse.) Augst. Loco und Decbr. 7 Mk 35 bis 30 S. bezahlt, Jan. 7 Mk 45 S., Febr. 7 Mk 50 S., März 7 Mk 55 S. Brief.

Berlin, 24. Novbr. Weizen, per Nov.-Decbr. 154,75, April-Mai 162,50 Mk. Gef. — Cr. Roggen, per Novbr. 139,50, April-Mai 140,50 Mk. Gef. 6000 Cr. Hafer, per November 132,00, April-Mai 133,75 Mk. Gef. 2000 Cr. Rüböl, loco mit Faß 51,00, ohne Faß 50,00, per November 50,90, April-Mai 53,00 Mk. Gef. — Cr. Spiritus loco 42,80, per Novbr. 42,80, Nov.-Decbr. 42,80, April-Mai 44,40 Mk. Gef. 20 000 l. Petroleum, loco 24,30, per November 24,00, Nov.-Dec. 23,90 Mk. Gef. — Cr.

Antwerpen, 24. Novbr. Petroleum ruhig, disp. 18¹/₂, per Novbr. 18¹/₂, Decbr. 18¹/₂, Jan. 18¹/₂, Jan.-März 18¹/₂ fr. Raffee höher, Verkauf 3250 Ballen Santos ord. auf Lieferung zu 25¹/₂—25³/₄ s, unverzollt. Schweineschmalz Marke Wilcox behauptet, loco 101¹/₂, per Novbr. 100¹/₂, Decbr. 96¹/₂, Jan.-April 95¹/₂ fr. Schweinefleisch ruhig, neues Decbr.-Jan. Verchiffung 82 fr. Umsatz von Häuten 2458 Stück, von Wolle 57 Ballen. Weizen ruhig, amerikanischer 19¹/₄—19¹/₂, castifornischer 18—18¹/₂, Polnisch-Odesa 17¹/₂—19¹/₂ fr. Roggen und Hafer ruhig, Preise unverändert. Terpentindl behauptet, amerikanisches 14 bezw. 14¹/₂ Brief, per Decbr. 14¹/₂, Jan.-April 14¹/₂ a. Hopfen ruhig, Mosler 70, per Decbr.-Jan. 67¹/₂, Poperinghe 75, Poperinghe velle 80 bis 82 fr. — Wechselcours auf deutsche Banplätze kurz 123,60, auf London kurz 25,25¹/₂—30.

Aus der Nachbarschaft.

Wilhelmshaven, 24. Nov. Eine der kostspieligsten Bauten, welche die Marineverwaltung hat ausführen lassen, ist der Bau der zweiten Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven. Für diesen Bau sind bis jetzt 12 700 000 Mk vom Reichstage bewilligt, und im neuen Etat werden noch 7 000 000 Mark dafür verlangt. Der ursprüngliche Voranschlag von 10 200 000 Mk war zu niedrig berechnet; wie sich später herausgestellt hat, werden die wirklichen Kosten der Herstellung der zweiten Hafeneinfahrt voraussichtlich 14 180 000 Mk betragen. Die Arbeiten an dem Schleusenbauwerk und an den Molen sind jetzt so weit gefördert, daß die Ausbaggerung der neuen Fahrinne der Hafeneinfahrt, sowie die Vollendung der Restarbeiten an den Quaimauern des Binnenbassins und die Verbindung der letzteren mit dem Ausrüstungsbassin und der Werft, bis Ende 1886 zu ermöglichen sein wird, bis zu welcher Zeit auch die Ausrüstung der neuen Hafeneinfahrt und der Hafenbassins zu vollenden ist. Die zweite Hafeneinfahrt hat auch die Kosten für die Vollendung des Marine-etablissemments zu Wilhelmshaven erhöht. Es mußte ein Seitenbassin geschaffen werden, welches als Ausrüstungsbassin dient, während das ältere Bassin zum Bau- und Reparaturbassin bestimmt wurde. Das Seitenbassin erheischte mit Rücksicht auf die durch die zweite Hafeneinfahrt bedingte Erweiterung erheblich höhere Kosten als dafür ursprünglich angenommen waren. Während der Flottengründungsplan dafür 1 650 000 Mk ausgeworfen hatte, haben die wirklich aufgewendeten Kosten sich auf 3 617 610 Mk belaufen. Diese Mehrausgaben sind daraus entstanden, daß auch auf der Landzunge am Baggerhafen die Aufstellung eines Doppelmagazins für Panzerfregatten erforderlich wurde, weshalb eine größere Wassertiefe herzustellen war. Ferner mußte die Ausbaggerung im Bassin auch auf den daneben liegenden, im Laufe der Jahre aufgeschickten Hafkanal ausgedehnt werden.

Bremen, 24. Nov. Die außerordentliche Erregung, in welche alle Kreise unserer Stadt durch den Zusammenbruch der Bremer Vereinsbank veretzt sind, hat eine unabsehbare Menge von Gerüchten zu Tage gefördert, die manchmal einen wirklichen Anlaß haben mögen, manchmal aber auch gänzlich aus der Luft gegriffen zu sein scheinen. Man sprach gestern gegen Abend von einer ganzen Reihe von Selbstmorden. Glücklicherweise sind dieselben bis auf einen noch nicht aufgeklärten Fall ganz haltlos. Von diesem einen Fall weiß man bis jetzt als gewiß nur, daß im Eise des Stadtgrabens, rechts vom Heerdenthor ein großes Loch zu sehen ist, und ein schwarzer Cylinderhut mit der Fabrikmarke Hugo am Ufer gefunden ist. Die Polizei hat viele Stunden lang nach der Leiche des etwaigen Ertrunkenen gesucht, jedoch nichts gefunden. Es ist also noch nicht mit Gewißheit zu sagen, ob den Gerüchten, wonach Vorübergehende Morgens um 7 Uhr gesehen haben wollen, wie ein Mann sich in das mit dünnem Eise bedeckte Wasser gestürzt habe, zu trauen ist. Daß die gestern gerüchweise genannten Namen sämtlich nichts mit der Katastrophe zu thun haben, steht glücklicherweise schon jetzt fest. (W. 3.)

Begegnung, 23. November. Das städtische Budget

für 1885 ist soeben zur Veröffentlichung gelangt, dasselbe schließt in Einnahme mit 51 973 Mk und in Ausgabe mit 51 656 Mk ab. Das Budget der Volksschule ist in Ausgabe um 2532 Mk gewachsen, Veranlassung hierzu hat die Vermehrung der Lehrkräfte und außerdem erhebliche Reparaturen des alten Schulgebäudes gegeben. Obgleich seitens des Staates ein Zuschuß von 24 000 Mk für die Schulen gewährt, erscheint bei der Volksschule ein Deficit von 6390 Mk und bei dem Realgymnasium ein solches von 15 523 Mk. Falls, wie mit ziemlicher Gewißheit vorauszuheben, die staatliche Subvention in absehbarer Ferne nicht mehr geleistet werden wird, wird die Einführung einer Schulsteuer schwerlich zu umgehen sein. Das erfreulichste Bild der Finanzlage gewährt die Armenanstalt, dieselbe wird am Schluß des Jahres über einen Ueberschuß von 3500 Mk zu verfügen haben, so daß die Armensteuer für das nächste Jahr, welche im laufenden mit 90 pCt. erhoben ist, um etwa 20 pCt. ermäßigt werden kann. Die Communalsschuld beträgt zur Zeit 11 000 Mk, welcher Betrag jedoch den Werth des vorhandenen Inventars nicht erreicht. (W. 3.)

Bermischtes.

— Von den Wölfen gefressen. Der folgende entsetzliche Vorfall wird dem „Netz“ aus Marmaros-Sziget berichtet: Der russische Seelsorger von Krasnizora reiste unlängst mit seiner Frau und seinem Kinde mittelst Schlitten nach Lonka. Unterwegs wurden die Reisenden von einem Rudel Wölfe — etwa 20 an der Zahl — angefallen. Die Pferde bäumten sich entsetzt und rasten in wilder Flucht dahin. Die Frau des Seelsorgers erschrock so sehr, daß sie das Kind, das sie im Schooße hielt, aus dem Schlitten fallen ließ. Der unglückliche Vater, als er dies sah, sprang vom Schlitten, während dieser mit der ohnmächtigen Frau über Stock und Stein davonrauste. Ein fürchterlicher Kampf entspann sich nun zwischen dem Geistlichen und den Wölfen. Der Geistliche zog seinen Revolver und erschöpfte zwei der Bestien, doch ward alsbald das Kind und er selbst von den Wölfen zerrissen. Als der Schlitten in Lonka anlangte, hatte die Frau, die guter Hoffnung gewesen, vor Schreck ihr Kind zur Welt gebracht. Das Kind war todt, sie selbst in den letzten Zügen. So ging in einer Stunde eine ganze Familie zu Grunde. Der Seelsorger von Lonka war der Vater der unglücklichen Frau.

— Für Lungen- und Ohrenkranke von Interesse ist der patentirte Apparat von Josef Reichum in Brooklyn. Reichums Verfahren besteht im Wesentlichen darin, daß der Kranke in eine luftdicht verschließbare Kammer gebracht wird, in welcher man durch Auspumpen die Luft etwas verdünnt, wodurch man ihn der Einwirkung des Atmosphärendruckes bis zu einem gewissen Grade entzieht. In gleicher Zeit fährt man von außen durch eine Röhre, deren Ende in den Mund gesteckt wird, dem Patienten eventuell mit Heilmitteln angefüllte Luft von normalem Druck zu. Die Abnahme des auf den Kranken von außen wirkenden Druckes in Verbindung mit dem normalen, von innen wirkenden Druck hat, dem Erfinder zufolge, ein Aufblähen der Lunge zur Folge; dadurch werden die erschlafften, zur Athmung unfähigen Dr-

gane gespannt, und diese gymnastische Uebung allein soll so heilsam sein, daß die Anwendung von Arzneien vielfach überflüssig wird. — Das Verfahren soll auch bei Ohrenkrankheiten mit Vortheil Anwendung finden, indem der Apparat es ermöglicht, daß man mit gewaltfam ins Ohr getriebener Luft das Trommelfell erreicht.

— Das tägliche Einkommen deutscher Fürsten dürfte — so sagt „Sch. Zbl.“ — in der nachfolgend gegebenen Nebeneinanderstellung manche irrige Anschauung befeitigen. Es haben von deutschen Fürsten täglich zu verzehren: Der König von Baiern 11 050 Mk, der König von Sachsen 5560 Mk, der König von Württemberg 5271 Mk, der Großherzog von Hessen-Darmstadt 2964 Mk, der Großherzog von Sachsen-Weimar 2301 Mk, der Großherzog von Oldenburg 1385 Mk. Das kleinste Einkommen hat der Fürst Reuß ältere Linie, welcher nur 294 Mk täglich zu verzehren hat.

Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht

vom 25. November 1884.

	gekauft	verkauft
4% Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 Mk im Verkauf 1/4% höher.)	103,31	103,85
4% Oldenburg. Consols (Stücke à 100 Mk im Verkauf 1/4% höher.)	102	103
4% Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	—
4% Zeversche Anleihe	100,25	—
4% Bareler Anleihe	100,25	—
4% Dammer Anleihe	100,25	—
4% Wildeshauser Anleihe (Stücke à Mk 100)	100,25	—
4% Braker Seelachs-Anleihe	100,25	—
4% Oldenburg. Stadt-Anleihe	100,25	—
4% Obersteiner Stadt-Anleihe	100,25	—
4% Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,45	101,45
4% Landthafliche Central-Pfandbriefe	101,60	102,15
3% Oldenburg. Prämien-Anleihe per Stück in Mk	147,75	148,75
4% Gutin-Libbecker Prior.-Obligationen	100,75	—
3 1/2% Hamburger Staatsrente	93,61	94,15
4% Preussische consolidirte Anleihe	103	103,55
4 1/2% Preussische consolidirte Anleihe	102,25	—
5% Italienische Rente (St. von 10000 fr. u. darüber)	96	96,55
5% Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	96,10	96,80
5% Russische Anleihe von 1884	95,20	95,75
4% Salzammergut-Prioritäten, garantirt.	93,70	94,25
4% Schwedische Hypothekbank-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 Mk im Verkauf 1/4% höher.)	95,21	95,75
4% Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekbank	99,5	100,50
4 1/2% do. Braunsch.-Hannov. do.	100,31	—
4% do. do. do. do.	97,95	98,50
4% do. Preussische Boden-Credit-Aktien-Bank	98,45	99
5% Borussia-Prioritäten	100,25	—
4% Norddeutsch. Lloyd-Prioritäten	98,70	99,25
Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Aktien (Bollges. Actie à 300 Mk 4% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	87
Oldenburg. Eisenhütten-Aktien (Augustineh)	—	87
4% Zins vom 1. Juli 1884.)	—	—
Oldenb.-Portug. Dampfsh.-Aghed.-Actien (4% Zins vom 1. Janr. 1884.)	—	118,50
Oldenburg. Versicherungs-Gesellschafts-Aktien per Stück ohne Zinsen in Mk	—	100
Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in Mk	167,90	168,70
" " London kurz für 1 Str.	20,38	20,48
" " New-York kurz für 1 Doll.	4,19	4,24
Holländ. Banknoten für 10 Gldn.	16,75	—

Bettfedern und Daunen

in doppelt gereinigter staubfreier Waare empfehle zu folgenden Preisen:

graue Federn	1/2 kg (1 A)	M. 0,70, 1,00, 1,20, 1,50 und 2,00,
graue Halbdauen	" "	2,25,
weiße Federn	" "	2,50, 3,00, 3,25, 3,50, 3,75,
weiße Halbdauen	" "	4,00, 4,50,
weiße Daunen	" "	6,00, 8,00.

Bei Abnahme von 10 halb. kg 5 Proc. Rabatt.

Ferner alle Sorten:
Bett-dresse, Daunendresse und Federleinen,
 Tischtücher, Servietten, Handtücher, 10/16 und 12/16 Leinen und Halb-leinen zu Betttüchern empfehle in guten Qualitäten zu den billigsten Preisen.
 Genähte Inlitten, Heberzüge, Betttücher zc. sind stets auf Lager.
 Fertige Betten liefere schon von 35 Mk an.

Aug. Bruhn, Haarenstr. 54.

Hierdurch erlaube ich mir, mein

Polster-Möbel-Geschäft

in gütige Erinnerung zu bringen. Zugleich empfehle einige gutgearbeitete schwarze Sopha's, recht billig.

C. Mühlmeier, Tapezierer u. Decorateur, Mottenstraße 22.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle mich zum Polstern von Möbeln aller Art.

Oldenburg. Verlegte meine Gastwirthschaft u. Restauration nach

Kl. Kirchenstraße 10,

Eingang zu den Markthallen. Beste Speisen und Getränke, sowie aufmerksamste Bedienung versprechend, bitte um geneigten Zuspruch.

D. Hülsebusch Ww.

Großherzogl. Theater.

Dienstag, den 25. Novbr. 43. Ab.-Vorst.
Nathan der Weise.
 Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen v. Lessing.

Mittwoch, den 26. Novbr. 4. Ab.-Vorst.
 für Auswärtige.
Die Piccolomini.
 Schauspiel in 5 Aufzügen von Schiller.
 Anfang 4 Uhr.

Meinen geehrten Kunden zur Nachricht, daß ich das von meinem sel. Manne geführte Geschäft in unveränderter Weise, unter Leitung meines Sohnes fortführen werden.

Ich bitte, das meinem sel. Manne geschenkte Vertrauen auch mir bewahren zu wollen.

Joh. F. Schmachtel Ww.

Deutscher Ofenglanz.

Unübertreffliches, völlig staubfreies Putzmittel für eiserne Oefen, Kochherde etc.

Verleiht dem Eisen bei einfacher Anwendung ein stahlglänzendes Aussehen.

Zu haben à Packet 10 S bei

Petz & Penning, Drogen-Handlung, 26, Achternstrasse 26.

T

nur kräftige unverfälschte Ware

bei **J. Heinr. Hoyer** Oldenburg.

Doppelt gesiebte Rußkohlen, Grobe schott. Haushaltungskohlen.

Oldenburg. Georg Nolte.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Emilie Schröder—Heinrich Falkenau, Oldbg. — Wilhelmine Ehne—Johann Bauer, Delmenhorst, Milwaukee. — Anna Henriette Frederichs—Wilhelm August Meyer, Driesel, Dangast.

Geboren: Gerhard Bartholomäus, Oldbg, 1 T. — B. vor Mohr, Oldbg., 1 S.

Gestorben: Rebecka Willers geb. Thies, Lungeln. — Postverwalter Wiesel's Tochter Cna, Burchade. — Fr. Tietjen's Töchterchen Frieda, Barel. — Anke Margarethe Willers geb. Christians, Barelshaven.